

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

Gesellschaft muss Gefahr von rechts ernster nehmen

Angesichts einer wachsenden Zahl rechtsextremistischer Übergriffe in der Region Berlin-Brandenburg dürfe die Politik nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern im Sinne einer wehrhaften Demokratie Flagge zeigen. Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, sprach sich erneut für ein NPD-Verbot aus. Gleichfalls plädierte er dafür, mehr öffentliche Finanzmittel in Aufklärung und politische Bildung zu investieren, damit gerade die Rekrutierung unter Jugendlichen durch Neonazis erschwert werde. Die Tatsache, dass die NPD in einigen Bezirksverordnetenversammlungen vertreten sei, mache sie weder hoffähig noch dürfe daraus geschlossen werden, dass sie gesellschaftlich anerkannt sei. Die NPD und ihre Ableger zielten auf die Destabilisierung demokratischer Verhältnisse ab, träten die Grundwerte mit Füßen und schreckten selbst vor Gewalt nicht zurück, um ihre undemokratischen und rassistischen Ziele durchzudrücken.

Der DGB-Vorsitzende verwies darauf, dass die DGB-Jugend seit Jahren an Berliner und Brandenburger Schulen Projekttag zu Themen wie Zivilcourage, Migration, Diskriminierung und Jugendkultur organisiere, um rechtsextremistischen Aktivitäten den Nährboden zu entziehen. Allein 2006 waren dies 80 Projekttag an allgemeinbildenden Schulen sowie Berufsschulen. Damit diese Projekte ihre Ziele erreichten, brauche die Arbeit jedoch Kontinuität, auch in der öffentlichen Finanzierung, sagte Scholz. Der Kampf um die Köpfe müsse an Schulen, in Elternhäusern, aber auch in Betrieben und auf der Straße geführt werden. Dafür brauche man einen langen Atem, so der DGB-Chef. Zivilcourage sei auch von denen zu erwarten, die sich in der Rolle von Gaffern und Schaulustigen gefielen. Wer den wachsenden Neonazismus heute noch ignoriere oder kleinrede, erweise der Gesellschaft einen Bärendienst und gebe den Rechten das Gefühl, unangreifbar zu sein. Das müsse die Allianz der Demokraten in dieser Gesellschaft zu verhindern wissen.

PM 046/07
21.08.2007

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medienneu\2007\Gefahr von rechts.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114